

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 02.06.2010**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|---|------------|--|
| Herr Roland Hildebrandt | CDU | |
| Frau Dr. Ulrike Wünscher | CDU | |
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. | Anwesend bis 18:10 Uhr |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | |
| Herr Dr. Mohamed Yousif | parteilos | |
| Herr Thomas Felke | SPD | Anwesend bis 18:15 Uhr |
| Herr Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD | Vertreter für Herrn Dr. med. Detlef Wend - Anwesend ab 17:05 |
| Herr Gerry Kley | FDP | Anwesend ab 18:45 Uhr |
| Herr Denis Häder für Halle | MitBÜRGER | |
| Frau Elisabeth Krausbeck 90/DIE GRÜNEN | BÜNDNIS | |
| Herr Hartmut Büchner | SKE | |
| Herr Karl-Heinz Gärtner | SKE | |
| Herr Matthias Havranek | SKE | |
| Herr Thomas Hoffmann | SKE | |
| Herr Wolfgang Matschke | SKE | Anwesend ab 17:10 Uhr |
| Herr Volker Preibisch | SKE | |
| Herr Bernd Voigtländer | SKE | |
| Herr Matthias Waschitschka | SKE | Anwesend bis 18:45 Uhr |
| Frau Sybille Brünler-Süßner | Verw | |
| Frau Annett Groß | Verw | |
| Herr Hans-Joachim Kloppe | Verw | |
| Frau Beate Naumann | Verw | |
| Herr Matthias Taube | Verw | |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|---------------------------|-----|--|
| Herr Martin Bauersfeld | CDU | |
| Herr Dr. med. Detlef Wend | SPD | Abwesend Vertreter Dr. Rüdiger Fikentscher |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Bestellung Protokollführerin
Vorlage: V/2010/08911
 - 4.2. Mitteilung über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816
 - 4.3. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 08.12.2009 über die überörtliche Prüfung mit dem Schwerpunkt "Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten"
Vorlage: V/2010/08871
 - 4.4. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit"
Vorlage: V/2010/08904
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Stellungnahme zum Prüfbericht der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2009
Vorlage: V/2010/08913
 - 7.2. Prüfungsankündigung des Landesrechnungshofes
 - 7.3. Schriftliche Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion Die Linke) zur Jahresrechnung 2008, Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes vom 04.02.2010 - V/2010/08621 -
 - 7.4. Schlussberichterstattung 2009 - Terminlicher Ablauf der Jahresabschlussarbeiten, der Schlussberichterstattung und des Entlastungsverfahrens
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Nagel, eröffnete und leitete die Sitzung. Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Häder merkte an, dass er die Einladung und die Unterlagen nicht rechtzeitig erhalten habe.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Mit Versendung der Unterlagen zur Ausschusssitzung wurden die Mitglieder über die Verwechslung von zwei Vorlagen: zu TOP 4.4 – Vorlage V/2010/08904 mit Vorlage zu TOP 7.1 V/2010/08913 – in Kenntnis gesetzt.

Auf Anfrage von Herrn Häder erörterte Frau Nagel nochmals den Sachverhalt.

Frau Wünscher regte an, künftig die Vorlagen zur besseren Zuordnung entsprechend den Tagesordnungspunkten zu nummerieren.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses bestätigten die Tagesordnung mit o. g. Veränderung.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, Frau Nagel, gab es keine Ergänzungen zur Niederschrift. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (öffentlicher Teil) vom 25.02.2010.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Bestellung Protokollführerin Vorlage: V/2010/08911

Die bisherige Protokollführerin, Frau Elke Rost, steht seit dem 01.05.2010 nicht mehr zur Verfügung. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses stimmten der Bestellung der neuen Proto-

kollführerin, Frau Beate Naumann, mit Wirkung vom 01.05.2010 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: **7 Ja – Stimmen**
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Beschluss:

Im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss bestellt die Oberbürgermeisterin Frau Beate Naumann als dessen Protokollführerin.

zu 4.2 Mitteilung über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816

Herr Kogge erörterte ausführlich die o. g. Vorlage.

Er führte aus, dass der Umgang mit vielschichtigen Förderstrukturen Probleme mit sich bringt und seitens der Verwaltung überdacht wurde. Er bemerkte, dass sich der „Eine-Welt-Haus e. V.“ in Insolvenz befindet und Kontakt mit dem Insolvenzverwalter besteht. Herr Kogge räumte Fehler durch die Verwaltung bei der Bearbeitung der Fördermittel bis hin zur Aktenführung ein.

An der anschließenden regen Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Frau Dr. Wünscher, Herr Preibisch, Herr Hildebrandt, Herr Felke, Herr Häder, Herr Büchner, Herr Geier und Frau Nagel.

Insbesondere wurde die Qualität der Stellungnahme kritisiert. Außerdem kristallisierte sich heraus, dass der aktuelle Stand der Dinge nicht eingearbeitet wurde.

Herr Geier wurde um Ermittlung des Termins der redaktionellen Endzusammenstellung ersucht.

Im Ergebnis wurde die Stellungnahme in der vorliegenden Form von den Ausschussmitgliedern nicht akzeptiert. Es wurde festgelegt eine aktualisierte Stellungnahme dem Rechnungsprüfungsausschuss am 08.09.2010 nochmals vorzulegen.

Eine Fristverlängerung gegenüber dem Landesrechnungshof wird von Herrn Geier beantragt.

Beschlussvorschlag

Verschoben

zu 4.3 Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 08.12.2009 über die überörtliche Prüfung mit dem Schwerpunkt "Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten"
Vorlage: V/2010/08871

Die o. g. Stellungnahme der Stadtverwaltung ist den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zugeleitet worden.

Herr Baus erläuterte die Unterlage erschöpfend. Er führte die Vorteile von PPP aus und machte darauf aufmerksam, dass ohne PPP die Pflichtaufgaben der Stadt Halle (Saale) nicht erfüllt werden könnten.

Insbesondere äußerte er, dass die Prüfmaßnahmen des Landesrechnungshofes zu den PPP-Projekten der Stadtverwaltung Halle (Saale) sehr akribisch geführt wurden, wonach die Berichterstattung auch sehr umfassend ausgefallen ist, obwohl die Multimonentenaufnahmen nicht in allen Fällen als das Non-Plus-Ultra im Nachhinein betrachtet werden dürfen.

In der Zwischenzeit hat sich das Know-How bezüglich des professionellen Umganges mit dieser diffizilen Materie bundesweit und auch in den Kreisen der Beteiligten vor Ort soweit stabilisiert, dass die Situation und das Verwaltungshandeln insgesamt von einer sortierte Vorgehensweise geprägt ist.

Im Gesamtkontext der vorliegenden Finanzierungsvariante muss darauf abgestellt werden, dass die zugrunde liegenden Pflichtaufgaben auch bei der umfassenden Unterstützung durch Fördermittel nicht realisiert werden konnten.

Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass im Haushaltsrecht der Vorrang der Aufgabenerfüllung vor der Finanzierung uneingeschränkte Priorität genießt, so dass bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben – wie in den vorliegenden Fällen zur Errichtung, Erhaltung sowie Unterhaltung von Schulen und Kindertagesstätten – die Stadtverwaltung gehalten ist, geeignete Wege der Realisierung zu finden.

Der Weg, über die PPP-Gestaltung Maßnahmen umzusetzen, wurde von zuständigen Gremien und der Kommunalaufsicht mitgetragen.

Ein wirtschaftliches Handeln lässt sich dabei insbesondere unter der Beurteilung des erfolgreichen Umsetzens der Gesamtmaßnahmen, der dadurch entstehenden Synergieeffekte und des Vorhandenseins der im besten Zustand befindlichen Gebäude und Einrichtungen ableiten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden Fragen zu Vorteilen und Alternativen von PPP nochmals aufgeworfen und diskutiert.

Es wurden einzelne Punkte der Stellungnahme angesprochen und Unklarheiten auf verschiedenen Seiten von Frau, Nagel, Frau Krausbeck, Herrn Felke, Herrn Büchener, Herrn Preibisch, Herrn Gärtner, Herrn Häder und Herrn Hildebrand hinterfragt. Herr Kreisel, Herr Geier und Herr Baus erläuterten die angesprochenen Sachverhalte.

Herr Knöchel verlässt um 18:10 Uhr die Sitzung.

Herr Felke verlässt um 18:15 Uhr die Sitzung.

Im Ergebnis der Sitzung wurde die Stellungnahme mit der Beschlussempfehlung an den Stadtrat abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

**4 Ja- Stimmen
0 Nein- Stimmen
3 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum vorgenannten Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 08.12.2009.

zu 4.4 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit" Vorlage: V/2010/08904

Anmerkung: Die Beschlussvorlage ist mit der Informationsvorlage zu 7. verwechselt worden.

Die vorgenannten Unterlagen sind den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses übersandt worden.

Frau Schmidt, Büro der Oberbürgermeisterin, übergab zu Beginn des TOP 4.4 die Kurzfassung des Berichtes sowie der Stellungnahme der Verwaltung an die Ausschussmitglieder.

Der Beigeordnete Herr Geier und Frau Schmidt, Büro der Oberbürgermeisterin erläuterten die Beschlussvorlage und standen für weitere Fragen zur Verfügung.

Herr Häder gab im weiteren Verlauf der Diskussion Hinweise zu einzelnen Passagen in der Stellungnahme der Verwaltung und bat um Korrektur wie folgt:

- Punkt 2 (S. 1): Korrektur Wortlaut - § 19 der Geschäftsordnung des Stadtrates.....
- Punkt 5 (S. 2): Die Stellungnahme der Verwaltung müsste inhaltlich genauso formuliert werden wie bei Punkt 4, denn die Problematik trifft für Stadträte und sachkundige Einwohner gleichermaßen zu. Demnach muss die Verwaltung seiner eigenen Argumentation treu bleiben und hier die gleiche Argumentation verfolgen und schreiben – Text von Punkt 4 verwenden.
- Punkt 13 (S. 4): Die Prüffeststellung wird nur teilweise beantwortet.
- Punkt 35 (S.11): Die Argumentation der Stadtverwaltung ist nicht korrekt. Es besteht keine Ausschreibungspflicht von Stellen aufgrund der Verwendung des TVöD, sondern wenn es ein öffentliches Amt der Stadtverwaltung ist. Da die Fraktionen ein eigenständiger Arbeitgeber sind, unabhängig von der Stadtverwaltung, besteht keine Ausschreibungspflicht.

Herr Preibisch fragte nach dem Sachstand der Stellenbewertung.

Herr Geier führte aus, dass die Regelung nach Bedarf in den Fraktionen erfolgt und nur im Rahmen des TVöD eine Stellenbewertung erfolgen muss.

Der TOP 4.4 wurde mit der Beschlussempfehlung an den Stadtrat abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

**7 Ja- Stimmen
0 Nein- Stimmen
0 Enthaltungen**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 28.09.2009 über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Zweckentsprechende Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Die Stellungnahme zur Anfrage des Stadtrates Herrn Knöchel aus der letzten Rechnungsprüfungsausschusssitzung ist den Mitgliedern schriftlich zugegangen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Stellungnahme zum Prüfbericht der Verwendungsnachweise für die den Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesenen Haushaltsmittel des Jahres 2009 Vorlage: V/2010/08913

Herr Kley wohnte der Sitzung ab 18:45 Uhr bei.

Die Rechnungsprüfung hat die Verwendungsnachweise der Fraktionen zur Selbstbewirtschaftung zugewiesener Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2009 geprüft und einen Prüfbericht vom 26.03.2010 erstellt.

Die Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) erfolgte am 11.05.2010 und wurde den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses mit der Einladung übersandt.

Beide o. g. Unterlagen wurden damit zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Herr Kloppe informierte, dass eine Fraktion noch keine Stellungnahme abgegeben hat.

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung wurde von den Mitgliedern zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Prüfungsankündigung des Landesrechnungshofes

Herr Kloppe informierte darüber, dass der Landesrechnungshof mit Schreiben vom 29.03.2010 die Prüfung der Gewährung/Verwendung von Städtebau- und Wohnungsbauförderung bei der Stadt Halle (Saale) und bei der Halleschen Wohnungsgesellschaft m. b. H. angekündigt hat.

zu 7.3 Schriftliche Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion Die Linke) zur Jahresrechnung 2008, Tätigkeit des Rechnungsprüfungsamtes vom 04.02.2010 - V/2010/08621 -

Die o. g. Anfrage wurde mit Schreiben vom 12.04.2010 durch die Stadtverwaltung beantwortet.

Die Unterlage wurde als Anlage der Einladung beigefügt.

zu 7.4 Schlussberichterstattung 2009 - Terminlicher Ablauf der Jahresabschlussarbeiten, der Schlussberichterstattung und des Entlastungsverfahrens

Herr Kloppe – Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes – teilte mit, dass die Jahresrechnung 2009 am 30.04.2010 fristgemäß dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt worden ist. Ergänzende Unterlagen sind inzwischen abgefordert und liegen teilweise ebenfalls der Rechnungsprüfung vor.

Wenn keine Unterbrechungen der Jahresabschlussprüfungen 2009 erfolgen, wird mit einer Erledigung der Schlussberichterstattung Ende August 2010 gerechnet.

Danach erhält die Verwaltung die Gelegenheit, zu einer Stellungnahme, so dass in der Folge mit einer Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss im Oktober 2010 zu rechnen sein wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Krausbeck bat um eine schriftliche Darstellung, welche Bestände zum 31.12.2008, 30.06.2009 und 31.12.2009 in den Fraktionen zu verzeichnen waren und welche Rückzahlungen noch ausstehen.

Frau Schmidt sicherte die Beantwortung ohne die fehlende Fraktion zu.

Die Anfrage von Herrn Häder, ob bei den Sachkostenzuschüssen eine Änderung der Finanzierung notwendig ist, wurde von Herrn Kloppe damit beantwortet, dass eine Klärung mit den Fraktionen erfolgt ist und seinerzeit eine Abstimmung mit dem Landesrechnungshof erfolgte.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.07.10

Elisabeth Nagel
Ausschussvorsitzende

Beate Naumann
Protokollführerin